

## Politik & Wirtschaft

# «Wir werden das Angebot der Apotheken weiter ausbauen»

**Medbase-Chef zur Migros-Gesundheitsstrategie** Die Medbase-Besitzerin Migros verkauft die Hörgerätemarke Misenso an den Konkurrenten Neuroth. Marcel Napierala erklärt, warum.

Roberto Zimmermann

Letzte Woche gab die Migros bekannt, dass sie ihre Ladenkette für Hörgeräte Misenso an den Konkurrenten Neuroth verkauft. Bei den Mitarbeitenden löste die Entscheidung gemischte Gefühle aus. Auch steht seither die Frage im Raum, warum die Migros die Marke nicht im eigenen Gesundheitsunternehmen Medbase untergebracht hat. Medbase-Chef Marcel Napierala gibt Antwort und erklärt die Strategie der Migros für das Geschäftsfeld Gesundheit.

**Herr Napierala, wieso hat Medbase Misenso nicht übernommen?**

Das ist eine naheliegende Frage. Wir haben Misenso nicht mitentwickelt, das Start-up passt entsprechend nicht zu unserem Portfolio. Auch wenn es einige Kritiker anders sehen: Wir gehen bei Zukäufen nach einem genauen Plan vor.

**Wie sieht Ihre Strategie aus, um innerhalb des Konzerns Migros das Geschäftsfeld Gesundheit voranzutreiben?**

Letztlich folgt Medbase dem Leitbild der Migros, das besagt: Wir helfen mit, die Lebensqualität und die Gesundheit der Bevölkerung zu stärken. Wir stehen für Grundversorgung mit Augmass. Daraus ergibt sich für uns die integrierte Gesundheitsversorgung. Unsere vier Standbeine sind die Medizin, die Zahnmedizin mit Zahnarztzentrum.ch, die Apotheken stationär und online mit Zur Rose. Unser Ziel ist es, die Apotheken von einem «Point of Sale» – also einem reinen Ladengeschäft – zu einem «Point of Care» zu entwickeln.

**Was ist ein «Point of Care»?**

Die Apotheken nehmen eine wichtige Rolle in der medizinischen Grundversorgung ein. Früher lag der Fokus auf Medikamentenberatung und -abgabe. Heute ermöglichen wir Erstversorgung und bieten verschiedene Dienstleistungen und Angebote wie Impfungen oder Allergiechecks an. Diese Bereiche werden wir weiter ausbauen, denn es entlastet die Arztpraxen, insbesondere der Hausärzte, die bereits heute stark überlastet sind.

**Medbase betreibt an 42 Standorten Zahnarztpraxen. Gehört das Migros-Start-up Bestsmile, das Zahnkorrekturen und -verschönerungen anbietet, auch bald zu Ihnen?**

Bestsmile gehört nicht zur Medbase-Gruppe. Aber auch hier werden wir uns zur gegebenen Zeit entsprechende strategische Fragen stellen.

**Wo nutzt Medbase heute Möglichkeiten für Synergien mit den anderen Bereichen der Migros?**

Wir arbeiten seit je sehr gut mit den Fitnesszentren der Migros zusammen und teilen uns dort die Infrastruktur. Und wir beliefern die Online-Gesundheitsplattform der Migros, Impuls, mit unseren Inhalten. Schliesslich sind die



«Wir bekommen keine Konzepte von der Migros aufgedrückt», sagt Marcel Napierala. Foto: Madeleine Schoder

Einkaufszentren der Migros Orte mit grossen Besucherzahlen und oft ideale Lagen für unsere Apotheken.

**Macht die Migros Druck bei der Zusammenarbeit?**

Wir geniessen innerhalb der Migros Autonomie, um uns gemäss unserer Vision weiterzuentwickeln. Wir bekommen keine Konzepte von der Migros aufgedrückt – etwa bei der Integration unserer Angebote in Einkaufszentren. Wir gehen auf diesem Weg Schritt für Schritt vor. Im Ge-

**Er gründete Medbase vor über 20 Jahren mit**

Marcel Napierala war 2001 Mitgründer der Vorläuferfirma Physiotherapiecity in Winterthur, die 2005 zu Medbasecity und schliesslich zu Medbase wurde. Heute ist der Physiotherapeut und Ökonom Chef der Medbase-Gruppe, zu der 68 medizinische Zentren, 57 Apotheken und 42 Zahnarztzentren gehören. Sie erzielte 2023 einen Umsatz von 1,3 Milliarden Franken. Seit 2010 ist die Migros an Medbase beteiligt. Heute gehört ihr das Unternehmen vollständig. Medbase beschäftigt rund 4000 Mitarbeitende. (roz)

gensatz zum US-Detaillisten Walmart, der Gesundheitsangebote entwickelt und dazu Filialen in Supermärkten eröffnet hat. Jetzt schliesst er sie wieder.

**Sie haben die USA erwähnt. Richtet sich Medbase an Vorbildern im Ausland aus?**

Natürlich blicken wir auch über die Landesgrenze. So haben wir in Italien festgestellt, dass Patientinnen und Patienten bei Beschwerden immer seltener einen Hausarzt aufsuchen. In der Folge haben wir uns zu verschiedenen Pilotprojekten entschieden, in denen wir die Rollen der Apotheken stärken. So arbeiten in Winterthur ein medizinisches Zentrum und eine Medbase-Apotheke eng zusammen. Patientinnen und Patienten werden für bestimmte Vorgänge in die Apotheke überwiesen, etwa chronisch Kranke für die Blutdruckkontrolle. Auch die Beratung bei unkomplizierten Krankheitsbildern oder das Impfen finden dort statt.

**Die Migros will sich auf die «medizinische Grundversorgung und Apotheken» fokussieren, wie sie schreibt. Was gehört dazu, was nicht?**

Ganz wichtig ist, dass wir uns gegenüber der stationären Medizin

abgrenzen, also den Spitälern. Wir sind nur im ambulanten Bereich tätig und beschäftigen dabei Hausärzte, Internisten, ergänzt durch Spezialdisziplinen wie etwa Physiotherapie oder Psychotherapie. Dazu bieten wir Managed Care, also eine Gesundheitsversorgung, die integral angeboten wird.

**Wie passt das Psychotherapie-Angebot WePractice dazu?**

Bei WePractice waren wir schon in der Konzeptphase involviert. Wir hielten es von Anfang an für eine interessante Idee und haben nicht lange überlegt, als die Migros uns die Plattform übertragen wollte. Wir haben mit dem Gründungsteam über die Weiterentwicklung von WePractice diskutiert und das Modell schliesslich angepasst und weiter professionalisiert. Heute arbeiten 70 Psychotherapeutinnen und -therapeuten an den 16 WePractice-Standorten. Weitere 16 Therapeuten beginnen in den kommenden Monaten. Bis Ende Jahr wird WePractice rund 120 Psychotherapeutinnen und -therapeuten beschäftigen. Wir leben in einer Zeit, in der die mentale Gesundheit eine immer wichtigere Rolle spielt, und wir glauben, hier ebenfalls zur Grundversorgung beitragen zu können.

## Wie eine SVP-Hochburg beinahe den Genderstern eingeführt hätte

**Muhen** Die Aargauer Gemeinde hat sich doch noch gegen das Gendern entschieden.

Es klang nach einer kleinen Revolution: Die Aargauer Gemeinde Muhen, rund 4000 Einwohnerinnen und Einwohner, fast 46 Prozent SVP-Stimmen bei den letzten Wahlen, hätte am vergangenen Freitag den Genderstern einführen sollen.

Zur Abstimmung stand eine neue Gemeindeordnung, die neben einigen inhaltlichen Änderungen auch eine sprachliche Anpassung enthielt: Künftig sollte nicht mehr von Gemeindevorstand\*in und Vizepräsident\*in.

**SVP-Präsident war der Stern «zuerst nicht aufgefallen»**

Die Verantwortlichen blickten der Abstimmung maximal unangenehm entgegen. Gemeindevorstand Andreas Urech, selbst bei der SVP, sagte zu dieser Redaktion: «Für uns ist der Stern die eleganteste Art, um Männer und Frauen gemeinsam anzusprechen.» Er rechnete damit, dass die Bevölkerung die neue Gemeindeordnung gutheisse. «Wenn ein Sternchen am Schluss unser grösstes Problem wäre, dann würde mich das doch erstaunen.»

Doch es kam anders. Urechs eigene Partei boykottierte die Pläne – möglicherweise aufgeschreckt durch die vorgängigen Medienberichte. Hansueli Lüscher, Präsident der kommunalen SVP, gab laut «Aargauer Zeitung» zu, dass ihm der Stern «zuerst nicht aufgefallen» sei. Als er ihn dann bemerkte, kam er jedoch nicht umhin, sich die möglichen Folgen auszumalen. An der Gemeindeversammlung warnte er vor einer Zukunft, in der man nicht mehr von einer «Mutter» spricht, sondern von der «Person, die das Kind geboren hat».

Auch andere Punkte der neuen Gemeindeordnung stießen auf Kritik. Am Ende wiesen die Anwesenden sie mit einer klaren Mehrheit zur Überarbeitung zurück.

**Schweizweit mehrere Anti-Gender-Initiativen**

Es scheint, als habe Muhen eine Debatte erreicht, die auf überregionaler Ebene schon lange schwelt. Die SVP kämpft auf verschiedenen politischen Ebenen gegen das Sternchen vor der Wortendung.

So etwa in der Stadt Zürich, wo die Behörden bereits seit zwei Jahren mit Genderstern kommunizieren. Wenn die Zürcher Stadtpolizei zum Beispiel über einen Sitzstreik an der ETH informiert, schreibt sie von «Aktivist\*innen», die kontrolliert wurden. Ein Komitee um die SVP-Politikerin Susanne Brunner will solche Formulierungen nicht länger tolerieren. Ihre Initiative «Tschüss Genderstern» verlangt, dass die Zürcher Behörden «auf die Verwendung von Sonderzeichen innerhalb einzelner Wörter» verzichten.

Auch in vielen anderen Teilen der Schweiz sammeln Komitees Unterschriften, um den Genderstern aus der öffentlichen Sphäre zu verbannen, häufig unter der Führung der Jungen SVP. Im

Baselbiet etwa will die Jungpartei das Gendern an Volksschulen verbieten.

Wie sehr spaltet die Frage die Bevölkerung tatsächlich? Hinweist liefert eine Studie der Universität Bern. Markus Freitag, Professor für Politikwissenschaft, leitet dort ein Projekt zu gesellschaftlichen Spaltungen in der Schweiz. Die vorläufigen Ergebnisse zeigen, dass der Genderstern in der Bevölkerung nicht sonderlich beliebt ist.

Die rund tausend Befragten wurden aufgefordert, sich auf einer Skala von 0 bis 10 zu verorten – von starker Befürwortung bis zu strikter Ablehnung. Menschen, die der SVP nahe stehen, wählten dabei im Schnitt einen Wert nahe 7, SP-Sympathisantinnen kommen auf einen Wert um 5. Politologe Markus Freitag sagt: «Während der Genderstern rechts eher auf Ablehnung trifft, sind die Meinungen auf der linken Seite noch wenig gefestigt.»

**«Die Daten zeigen, dass die Gegner des Gendersterns mehr Mühe haben mit den Befürwortern als umgekehrt.»**

**Markus Freitag**  
Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern

Überraschen mag die zweite Erkenntnis, die aus den Daten hervorgeht. Interessant sei, sagt Freitag, dass das Thema insgesamt weniger polarisiere als etwa die Zuwanderung oder Klimaschutzmassnahmen. Während sich das Stimmvolk in Migrationsfragen über viele Jahrzehnte eine Meinung bilden können, handle es sich beim Streit um die Gendersprache um einen relativ jungen Konflikt. «Nur wer sich stark mit einem politischen Lager identifiziert, hat bislang eine klare Haltung dazu. Das gilt für rechts noch mehr als für links.»

**Andere Themen polarisieren stärker**

Ein spezielles Augenmerk legt die Studie auf die affektive Polarisierung: Davon spricht man, wenn Menschen stark negative Gefühle gegenüber Personen hegen, die in einer Sachfrage eine andere Meinung vertreten. Hier zeigen die Daten, dass «die Gegner des Gendersterns mehr Mühe haben mit den Befürwortern als umgekehrt». Im Vergleich zu anderen Themen wie der Zuwanderung und dem Klimawandel seien die Fronten aber ebenfalls weniger verhärtet.

Zu erwarten sei, dass es zu einer stärkeren Polarisierung beider Lager komme, wenn sich die Debatte intensiviere. Wie schnell das gehen kann, hat Muhen soeben erlebt.

**Jacqueline Büchi**